

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Frau Landesdirektorin,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste der Landschaftsversammlung,

vorab an Herrn Prof. Rolle zu Ihren Angriffen auf unsere Fraktionsgeschäftsführerin. Der europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat Pushbacks am 13.02.2020 per Urteil als rechtmäßig bezeichnet und damit sein vorheriges Urteil revidiert. Das nur zu Ihrer Kenntnis.

Und wenn Sie, Herr Prof. Rolle, dann erklären, Sie wollten die Demokratie retten – das will die AfD übrigens auch – und gleichzeitig ankündigen, die Entscheidung des OVG torpedieren zu wollen, wenn sie nicht in Ihrem Sinne ausfällt, dann entspricht das absolut nicht demokratischen Gepflogenheiten.

Jetzt aber zum Haushalt:

Fast fünf Milliarden Euro – so teuer wird der Haushalt des Landschaftsverbands Rheinland für das kommende Jahr.

Während die Kommunen ächzen, sich in Brandbriefen an den LVR wenden und nicht mehr wissen, wie sie ihre Aufgaben bewältigen sollen, lehnen sich die Verantwortlichen im LVR zurück und genehmigen sich einfach mal eine massive Ausgabensteigerung.

Das Haushaltsvolumen des LVR ist in den letzten Jahren rasant gestiegen. Im Vergleich zum Ist-Wert aus dem letzten Jahr haben wir eine Steigerung um fast 10% erlebt.

Was dabei wirklich ins Auge springt, sind die Personalkosten.

Von 2022 bis 2024 werden diese um 64 Millionen Euro steigen. Sie betragen dann 352 Mio. Euro – das ist eine Steigerung um über 22%!

Und das hierzu nötige Geld kommt von unseren Kommunen, die schon jetzt nicht mehr ein noch aus wissen. Sie sind mit massiv steigenden Kosten

konfrontiert. Und nein, das sind nicht nur die Folgen des Ukrainekriegs und von Corona, das ist auch die „Flüchtlingspolitik“ unserer Regierung, die auf dem Rücken der Kommunen ausgetragen wird. Aber gleichzeitig erleben wir einen wirtschaftlichen Stillstand, rutschen weiter in eine Rezession. In dieser Situation kommt der Landschaftsverband daher und will zur Finanzierung seines „Empire buildings“ die Landschaftsumlage auf 15,45 % erhöhen.

Und als ob das alles nicht schon schlimm genug ist, werden in der mittelfristigen Finanzplanung noch höhere Sätze angekündigt. 2025 sollen 16,2%, in den zwei Jahren danach sogar 16,5% von den Kommunen eingefordert werden.

Zurecht laufen die Kommunen Sturm gegen diese Pläne des LVR. Schon Ende September haben über 20 Landkreise und kreisfreie Städte in einem Brandbrief überdeutlich gemacht, was sie von den Plänen des LVR halten.

Während man sich im LVR nämlich einiges gönne, gehe es bei den Kommunen zum Teil bereits darum

– und ich zitiere hier aus dem Schreiben - „(das) Vertretbare zu unternehmen, um exorbitante Steuererhöhungen zu vermeiden, gleichzeitig aber auch ein Abrutschen in die absolute Handlungsunfähigkeit der Städte, Gemeinden und Kreise zu verhindern.“ Die Städteregion Aachen hat in einem Schreiben Ende November noch einmal, ihr „erhebliches Befremden“ über die Aufwuchspläne des LVR zum Ausdruck gebracht.

Das zeigt doch, dass unsere Kommunen – und als deren Vertreter verstehen wir uns doch – schon jetzt ein **Abrutschen in die absolute Handlungsunfähigkeit** fürchten!

Wir, die AfD-Fraktion im LVR, fordern daher, dass im LVR auf der Kostenseite zunächst jeder Stein umgedreht werden muss, bevor man die Kommunen über die Umlage zwingt, noch mehr zu zahlen.

Handlungsspielräume, um Kosten zu sparen, gibt es dabei genug. Ich zeige Ihnen diese gerne auf:

Die Personalkosten steigen im LVR unverhältnismäßig. Im Jahr 2024 sollen über 400 neue Stellen geschaffen werden. Nochmal: 400! Das ist nicht nur in der Summe fragwürdig, das ist auch fragwürdig, wenn wir uns die Besoldung dieser Stellen anschauen. Niedrig besoldete Stellen werden zum Teil sogar reduziert, während bei den hochdotierten Stellen fast überall starke Zuwächse geplant sind. Wie oft haben wir in Ausschusssitzungen schon bemängelt, dass zu schnell höhergruppiert wird und ich kann mich daran erinnern, dass eine solche Eingruppierung auch schon mal zurückgenommen werden musste, weil sie nicht mal statthaft war.

Aber lassen Sie mich gleich einen zweiten Punkt nennen. Die wirtschaftliche Entwicklung des LVR ist nämlich – im Gegensatz zu der der Kommunen – tatsächlich rosig.

Im Jahr 2022 gab es einen Fehlbetrag von fast 16 Millionen Euro. Das klingt vielleicht bedenklich. Ist es aber nicht, wenn wir uns vor Augen führen, dass

die Rücklagen im gleichen Zeitraum um mehr als 58 Millionen Euro gestiegen sind.

Die Pensionsrückstellungen wurden um fast 23 Millionen Euro, die „sonstigen Rücklagen“ sogar um fast 130 Millionen Euro erhöht.

Wenn wir dies alles zusammenrechnen und noch berücksichtigen, dass es zu einer Entschuldung des LVR in Höhe von fast 29 Millionen Euro kam, dann hat sich die wirtschaftliche Lage allein im Haushaltsjahr 2022 um etwa 200 Mio. € verbessert.

Wir fassen also zusammen:

- Erstens: Wir haben einen Personalkostenaufwuchs, der nicht zu rechtfertigen ist.
- Zweitens: Wir erhöhen jährlich unsere Rückstellungen in beträchtlichem Ausmaß.
- Und drittens: Wir nehmen den klammen Kommunen Geld ab, um unser üppiges Dasein im LVR weiter auszubauen.

Meine Damen und Herren, einen Haushalt mit solchen Parametern wird es mit der AfD nicht geben.

Wir verstehen uns als Anwalt der Kommunen, wir fordern die dauerhafte Entlastung unserer Kommunen, wir wollen einen soliden Haushalt und daher stimmen wir für eine Beibehaltung des Umlagesatzes bei 15,3%.

Vielen Dank!